

Klaus Gründler, Niklas Potrafke und Fabian Ruthardt

# Wie bewerten Ökonom\*innen die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Coronakrise? – Teil 2

## IN KÜRZE

Der Umfang der Hilfen für die Wirtschaft in der Coronakrise ist angemessen. Diese Position vertreten 60% der 123 teilnehmenden Volkswirte im ifo-FAZ-Ökonomenpanel. Als zu hoch stufen die Hilfen nur rund 18% ein, als zu niedrig 4%. Größte Zustimmung findet der Vorschlag, Verlustrückträge für Unternehmen auszuweiten: 90% sehen das »positiv« oder »eher positiv«. Eine Einmalzahlung an Familien, wie gerade von der großen Koalition beschlossen, fällt hingegen durch.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft sind verehrend. Die Folgen sind noch immer unklar. Nach anfänglichen Ad-hoc-Reaktionen von Regierungen und Notenbanken verschieben sich die fiskalpolitischen Prioritäten hin zu Konjunkturlösungen. Ziel der Maßnahmen ist es, eine rasche Erholung der Wirtschaft zu ermöglichen. Das 29. Ökonomenpanel von ifo und FAZ widmet sich den wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Deutschland und auf europäischer Ebene. An der Umfrage nahmen 123 Ökonom\*innen teil.

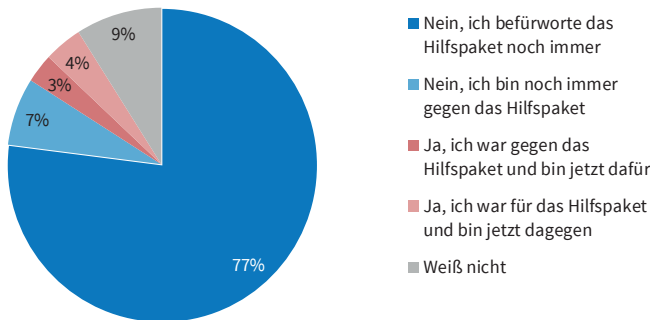
### GROSSE MEHRHEIT DER ÖKONOM\*INNEN BEFÜRWORTET HILFSPAKET DER BUNDESREGIERUNG NOCH IMMER

Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die Coronakrise das größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen. Der Umfang der haushaltswirksamen Maßnahmen beträgt insgesamt 353,3 Mrd. Euro, und der Umfang der Garantien beläuft sich auf 819,7 Mrd. Euro (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2020). 77% der Ökonom\*innen befürworten das Hilfspaket und haben ihre Einstellung zum Hilfspaket im Vergleich zu Ende März nicht geändert. Sie begründen das mit der unveränderten Krisensituation, die umfangreiche fiskalpolitische Maßnahmen erfordert. 3% lehnten das Hilfspaket anfangs ab, befürworteten es aber inzwischen. 4% änderten ihre Meinung von anfänglicher Zustimmung zu Ablehnung, 7% lehnen das Hilfspaket bereits seit Ende März ab und begründen das mit dem geringen Nutzen der Maßnahmen. 9% antworten mit »Weiß nicht«.

Beim letzten Ökonomenpanel Anfang April 2020 hielten 67% der Teilnehmer\*innen die Höhe des Nachtragshaushalts aufgrund der Ausnahmesituation der Pandemie für angemessen (vgl. Blum et al. 2020). Die Zustimmung für den Umfang des Hilfspakets der Bundesregierung sinkt im aktuellen Ökonomenpanel auf 60%. Während beim letzten Ökonomenpanel nur 6% die Summe des Nachtragshaushalts als »zu hoch« bewerteten, beurteilen jetzt 18% der Ökonom\*innen die Summe des mittlerweile größer gewordenen Hilfspakets als »zu hoch« und begründen dies mit einer ineffizienten Nutzung der Gelder. Gleichzeitig fordern nur noch 4% der Teilnehmer\*innen umfangreichere Maßnahmen. Beim

Abb. 1  
Einstellung zum Hilfspaket

Haben Sie Ihre Einstellung zum Hilfspaket im Vergleich zu Ende März geändert?

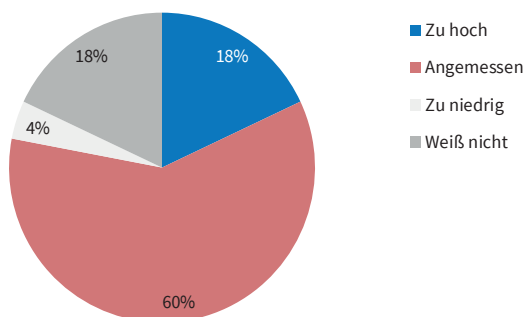


Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

Abb. 2  
Historisches Hilfspaket von 1 173 Mrd. Euro

Wie beurteilen Sie die Summe vor dem Hintergrund der Entwicklungen der vergangenen Wochen, um eine anhaltende Rezession zu verhindern?



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

letzten Ökonomenpanel waren es noch 14%. 18% der Ökonom\*innen antworten dieses Mal mit »Weiß nicht«.

**ERHÖHUNG DES KURZARBEITERGEDES WIRD POSITIV BEURTEILT**

Drei Viertel der teilnehmenden Ökonom\*innen sehen die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes mit zeitlicher Staffelung »positiv« oder »eher positiv«. 69% befürworten auch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Bei der Unterstützung für Unternehmen stehen 65% der Ökonom\*innen Investitionszuschüssen »positiv« oder »eher positiv« gegenüber. Für die Ausweitung der steuerlichen Verlustrückträge für Unternehmen sprechen sich sogar 90% der Ökonom\*innen aus. Demgegenüber werden temporäre Umsatzsteuersenkungen eher negativ gesehen.

**ÖKONOM\*INNEN GESPALTEN BEI FRÜHERER SOLI-ABSCHAFFUNG**

Eigentlich sollte der Solidaritätszuschlag erst ab 1. Januar 2021 für 90% der Steuerzahler entfallen und für Bruttoeinkommen zwischen 73 000 Euro und 109 000 Euro (verheiratet: zwischen 151 000 Euro und 221 000 Euro) reduziert werden (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2019). Im Ökonomenpanel sprechen sich aber 53% der Teilnehmer\*innen für einen früheren Abbau aus. 41% sehen das »negativ« oder »eher negativ«.

**KAUFPRÄMIE FÜR AUTOS, URLAUBSFÖRDERUNG, FAMILIENPRÄMIE UND KONSUMGUTSCHEINE FALLEN DURCH**

Bei Politikern beliebte und medienwirksame Maßnahmen haben es bei den Teilnehmer\*innen des Ökonomenpanels schwer. 89% beurteilen die Kaufprämie für Neufahrzeuge »negativ« oder »eher negativ«. Ebenfalls 89% sehen eine finanzielle Förderung von Urlaub in Deutschland »negativ« oder »eher negativ«. 64% lehnen eine Einmalzahlung an Familien ab. Konsumgutscheine für lokale Geschäfte treffen bei 68% der Ökonom\*innen auf Widerstand.

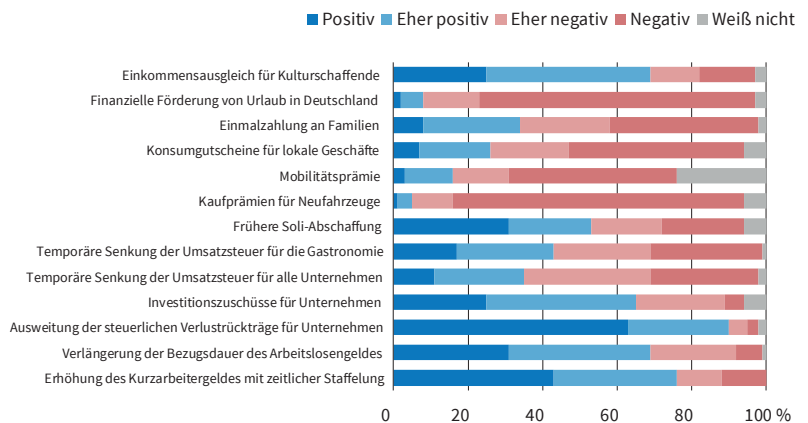
**VON KONJUNKTURMASSNAHMEN SOLLEN ALLE PROFITIEREN**

Fördermaßnahmen für einzelne Branchen werden von den Ökonom\*innen im Allgemeinen kritisch gesehen. Zwar beurteilen 69% der Ökonom\*innen einen Einkommensausgleich für Kulturschaffende »positiv« oder »eher positiv«. Abgesehen von dieser speziellen Maßnahme fordern die Teilnehmer\*innen aber, dass die gesamtwirtschaftliche Belebung gefördert werden muss.

Abb. 3

**Konjunkturmaßnahmen**

Wie beurteilen Sie die folgenden Konjunkturmaßnahmen als Reaktion auf die Coronakrise?



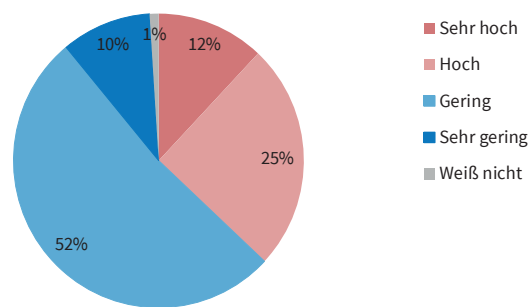
Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

Abb. 4

**Risiko für deutsche Staatsfinanzen**

Wie schätzen Sie das Risiko einer durch die Coronakrise ausgelösten höheren Staatsverschuldung für die langfristige Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen ein?



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

**MEHRHEIT DER ÖKONOM\*INNEN SEHEN DIE LANGFRISTIGE TRAGFÄHIGKEIT DER DEUTSCHEN STAATSFINANZEN NICHT GEFÄHRDET**

Die Staatsschuldenquote wird von 59,8% Ende 2019 (vgl. Deutsche Bundesbank 2020) auf geschätzt 75,3% Ende 2020 (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2020) steigen. Trotzdem beurteilen 62% der Ökonom\*innen das Risiko für die langfristige Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen als »sehr gering« oder »gering«. Sie begründen das mit der geringen Staatsschuldenquote, der niedrigen Zinslast und einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. 25% schätzen das Risiko als »hoch«, 12% sogar als »sehr hoch« ein, da Maßnahmen auf europäischer Ebene noch nicht berücksichtigt seien, Unsicherheit bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung bestehe und Staatsausgaben ineffizient eingesetzt werden würden. 1% traut sich keine Beurteilung zu und antwortet mit »Weiß nicht«. Medial untergegangen war im März 2020, dass sich die Tragfähigkeitslücke vergrößert hat und die Staatsfinanzen bereits vor der Coronakrise nur bedingt tragfähig waren (vgl. Werding et al. 2020).

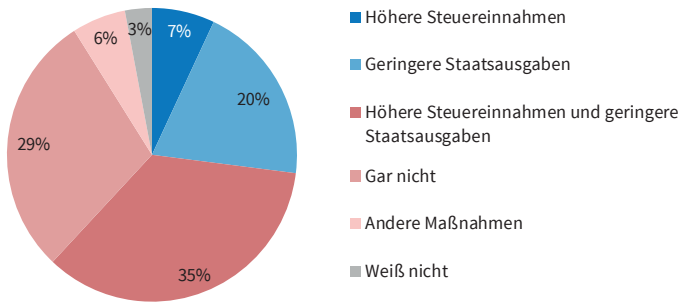
**KNAPPES DRITTEL FÜR PERMANENT HÖHERE STAATSVerschULDUNG**

29% der Ökonom\*innen wollen die höhere Staatsverschuldung durch die Coronakrise nicht gegenfinanzieren. Die zusätzlichen Kredite seien aufgrund des niedrigen Zinsniveaus günstig, und durch ein zukünftig höheres Wirtschaftswachstum würde die Staatsschuldenquote automatisch wieder sinken. 35% befürworten eine Mischung aus höheren Steuereinnahmen und geringeren Staatsausgaben für die

Gegenfinanzierung, da dies die Lasten intertemporal am besten verteile. 20% sprechen sich für künftige Ausgabenkürzungen aus und begründen dies mit dem hohen Vorkrisenniveau der Staatsausgaben, potenziell positiver Wachstumseffekte einer Konsolidierung und dem Potenzial für künftige Steuerkürzungen. Die Gegenfinanzierung über höhere Steuereinnahmen wird von 7% der Teilnehmer\*innen befürwortet. Begründet wird dies mit dem Potenzial für eine Reduzierung der Einkommensungleichheit und mit der Annahme eines höheren Wirtschaftswachstums und daraus folgend höheren Steuereinnahmen. 6% der Ökonom\*innen nennen andere Maßnahmen wie den Abbau von Regulierungen und wachstumsfördernde Programme, um der höheren Staatsverschuldung zu begegnen. 3% antworten mit »Weiß nicht«.

Abb. 5  
**Staatsverschuldung**

Wie sollte Ihrer Meinung nach die höhere Staatsverschuldung gegenfinanziert werden?

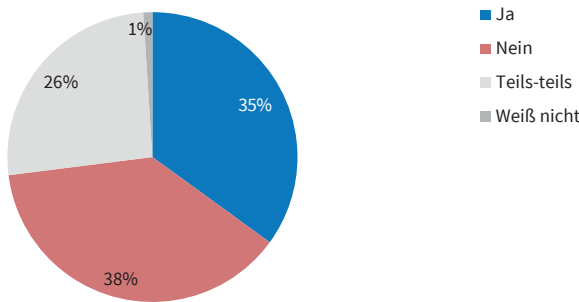


Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

Abb. 6  
**Schuldenaufnahme auf europäischer Ebene**

Befürworten Sie eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU-Staaten?

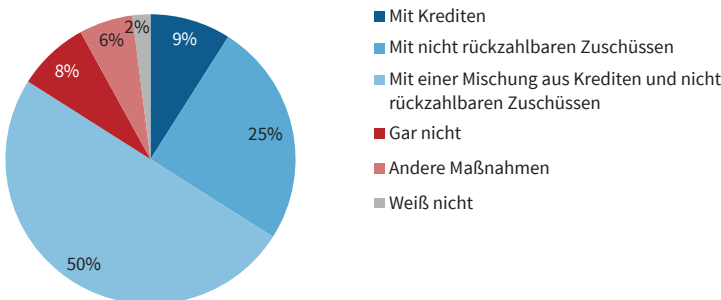


Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

Abb. 7  
**Hilfe für in Not geratene EU -Staaten**

Wie soll in Not geratenen EU-Staaten finanziell geholfen werden?



Quelle: Ökonomenpanel Mai 2020.

© ifo Institut

**EINE GEMEINSAME SCHULDENAUFNAHME DER EU-STAA TEN IST UMSTRITTEN**

Die Diskussionen über Hilfsmaßnahmen für EU-Staaten (Merkel-Macron-Fonds und der Plan der »sparsamen Vier«) hat die Kontroversen um eine gemeinsamen Schuldenaufnahme auf europäischer Ebene neu entfacht. 35% der teilnehmenden Ökonom\*innen befürwortet eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU-Staaten. 38% lehnen diese ab. 26% antworten mit »Teils-teils«. Befürworter sprechen von einem wichtigen Zeichen der europäischen Solidarität angesichts der Notlage in manchen Ländern und der Notwendigkeit für die Erhaltung des europäischen Wirtschaftsraums. Gegner begründen ihre Entscheidung mit der falschen Anreizsetzung und der fehlenden Kompetenz auf europäischer Ebene. Außerdem führe die gemeinsame Schuldenaufnahme nicht zu einer Lösung der jeweiligen strukturellen Probleme in den einzelnen Ländern. Unentschlossene verweisen auf die Sonder-situation durch die Coronakrise, die temporäre Dimension der Schuldenaufnahme und die Schwierigkeit, die zeitliche Befristung durchzusetzen.

**HILFEN FÜR EU-STAA TEN SOLLEN AUS KREDITEN UND NICHT RÜCKZAHLBAREN ZUSCHÜSSEN BESTEHEN**

Die Hälfte der Ökonom\*innen wünscht sich eine Mischung aus Krediten und nicht rückzahlbaren Zuschüssen, um in Not geratenen EU-Staaten zu helfen. Sie begründen dies mit der Notwendigkeit eigener Anstrengungen ohne die Haushalte in Not geratener Länder zu überlasten. Ein Viertel befürwortet ausschließlich nicht rückzahlbare Zuschüsse, da es sich um eine unverschuldete Sondersituation handle und zusätzliche Kredite aufgrund des hohen Schuldenstands einzelner Länder nicht zielführend seien. 9% wollen den EU-Staaten ausschließlich mit Krediten helfen, um einer falschen Anreizsetzung vorzubeugen. 6% fordern andere Maßnahmen wie direkte medizinische Hilfe, eine Umstrukturierung des EU-Haushalts oder

die Einführung einer Steuer, deren Einnahmen an in Not geratene EU-Staaten ausgezahlt werden könne. Ebenfalls 8% wollen gar nicht helfen, da Maßnahmen in der Eigenverantwortung der Länder lägen. 2% antworten mit »Weiß nicht«.

## LITERATUR

Blum, J., M. Mosler, N. Potrafke und F. Ruthardt (2020), »Wie bewerten Ökonom\*innen die wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Corona-Krise?«, *ifo Schnelldienst* 73(4), 48–51.

Bundesministerium der Finanzen (2019), »Infografik: Soli-Abschaffung – Wer davon profitiert«, verfügbar unter: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstreifen/Infografiken/2019-10-24-soli-abschaffung/2019-10-24-soli-abschaffung.html?notFirst=true&docId=b5693000-08ef-4785-846c-f2d4d0430703#photogallery>, aufgerufen am 1. Juni 2020.

Bundesministerium der Finanzen (2020). Deutsches Stabilitätsprogramm 2020, verfügbar unter: [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren\\_Bestellservice/2020-04-17-stabilitaetsprogramm-2020.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2020-04-17-stabilitaetsprogramm-2020.html), aufgerufen am 1. Juni 2020.

Deutsche Bundesbank (2020), »Deutsche Staatsschulden 2019 um 16 Mrd. Euro auf 2,05 Billionen Euro gesunken – Schuldenquote von 61,9% auf 59,8%«, verfügbar unter: <https://www.bundesbank.de/de/presse/pressemitteilungen/deutsche-staatsschulden-829548>, aufgerufen am 1. Juni 2020.

Werding, M., K. Gründler, B. Läßle, R. Lehmann, M. Mosler und N. Potrafke (2020), *Modellrechnungen für den Fünften Tragfähigkeitsbericht des Bundesministeriums der Finanzen*, ifo Institut, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/node/43899>, aufgerufen am 1. Juni 2020.